

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 7

Artikel: Sozialdemokratie und Völkerbundsdelegation
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Sozialdemokratie und Völkerbundsdelegation.

Von Dr. Arthur Schmid.

Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Eintritt in den Völkerbund ist bekannt: Unsere Partei bekämpfte den Eintritt in den Völkerbund. Nachdem der Eintritt vom Volke beschlossen war, hat unsere Partei diese Tatsache nicht ignoriert. Wir haben im Verlaufe des letzten Jahrzehnts bei der Behandlung der Völkerbundsberichte im Parlament zu wiederholten Malen Anträge eingebracht. Wir haben versucht, Beschlüsse des Völkerbundes für die schweizerische Innenpolitik auszuwerten. Wir haben versucht, auf die Bestellung der Delegation einen Einfluß auszuüben, indem wir die Wahl der Delegation durch das Parlament forderten. Unsere Anträge sind indessen, wie das nicht anders zu erwarten war, von der bürgerlichen Mehrheit des Parlamentes abgelehnt worden.

Die Frage, wie sich die schweizerische Sozialdemokratische Partei zur *Mitarbeit in der Völkerbundsdelegation* der Schweiz stelle, hat vor ungefähr Jahresfrist in der Nationalratsfraktion eine Abklärung erfahren. Bundesrat Motta erklärte, daß er nicht abgeneigt sei, einen Sozialdemokraten in die Völkerbundsdelegation wählen zu lassen. Dabei war es so, daß Motta sich den Eintritt nur unter den folgenden Voraussetzungen dachte: Einmal hätte der Bundesrat *den* Sozialdemokraten ausgewählt, den *er* in der Völkerbundsdelegation hätte haben wollen; zum andern hätte dieser sozialdemokratische Delegierte sich *an die Instruktionen des schweizerischen Bundesrates* zu halten gehabt und für den Fall, daß er irgendeine Erklärung für die schweizerische Delegation in Genf hätte abgeben sollen, so wäre für ihn die Auffassung der bürgerlichen Mehrheit bindend gewesen. Daß die sozialdemokratische Nationalratsfraktion eine *Beteiligung an der Delegation unter diesen Umständen ablehnte*, ist

selbstverständlich. Sie hat aber damals nicht nur einen negativen Beschluß gefaßt, sondern sie hat auch einen positiven Entscheid in dieser Frage gefällt. Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion stellte fest, daß sie sich an einer Delegation nur unter bestimmten Voraussetzungen beteiligen kann. Einmal fordert sie die Bestimmung des Delegierten *durch die Fraktion oder den schweizerischen Parteivorstand*. Zum andern fordert sie für diesen Delegierten die *Freiheit der Meinungsäußerung* in der Völkerbundsversammlung. Sie verlangt also nicht mehr und nicht weniger, als daß der betreffende Völkerbundsdelegierte in Genf seine Auffassung und damit die Auffassung der sozialdemokratischen Bevölkerungsschicht unseres Landes offen vertreten kann. Diese Art der Beteiligung aber hat der Bundesrat nicht gewünscht und deshalb die Bedingungen abgelehnt.

Ich komme heute auf die Beteiligung der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei an der Völkerbundsdelegation, beziehungsweise auf die Ablehnung einer Beteiligung, so wie sie der Bundesrat wünscht, zurück; weil die Frage von Bundesrat Motta neuerdings in den Beratungen der nationalrätlichen Kommission, welche sich mit dem Bericht über die elfte Völkerbundsversammlung zu befassen hatte, gestellt worden ist. Motta hat immer noch den heißen Wunsch, einen Sozialdemokraten in dieser Delegation zu sehen. Er hat uns vor Augen geführt, daß dieser Sozialdemokrat nicht so gebunden sei, wie man es sich vorstelle. Er könne an den Beratungen der Delegation seine freie Meinung äußern. Die Delegation trete während der Völkerbundsversammlung in Genf jeden Tag zu einer Sitzung zusammen. Sie sei absolut nicht immer einstimmig. Der sozialdemokratische Einfluß könnte sich also in dieser Beratung geltend machen. Das alles aber sind *keine entscheidenden* Argumente.

Entscheidend für die Sozialdemokratische Partei ist, daß sie fast in allen wesentlichen Fragen, die der Völkerbund zu beraten hat, eine andere Auffassung vertritt, als die Herren Bürgerlichen. Nun stelle man sich vor: Der schweizerische Bundesrat wählt einen Sozialdemokraten als Delegierten. Er wählt diesen Delegierten selbstverständlich so aus, wie er ihm paßt. Er wird also unter den Sozialdemokraten eine fein säuberliche Auswahl treffen. Wir aber müssen unter allen Umständen fordern, daß das Wahlrecht eines solchen Delegierten (das heißt die Bestimmung des Delegierten) bei einem Organ der Sozialdemokratischen Partei liegt. Dieses Organ wäre der schweizerische Parteivorstand oder der schweizerische Parteitag. Ich bin der Auffassung, daß man den Delegierten durch den Parteitag wählen müßte. Der Bundesrat aber will den Delegierten selber bestimmen. Also ist schon damit die Frage der Beteiligung *negativ* entschieden.

Aber nehmen wir nun an, die Frage würde positiv, im Sinne

der sozialdemokratischen Forderung entschieden: Der Bundesrat würde den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei *sanktionieren*, so wäre damit für die Sozialdemokratische Partei das Problem keineswegs gelöst. Seine Lösung hängt im Gegenteil davon ab, ob der Delegierte *die Freiheit bekommt, in Genf den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu vertreten*. Diese Freiheit ihm zu gewähren, weigert sich aber der Bundesrat des entschiedensten.

Die letztjährige Völkerbundsdelegation bestand aus Bundesrat Motta, Ständerat Keller, Nationalrat Schüpbach, Professor Rappard, Nationalrat Dollfus und Dr. Stucki. Wenn nun noch ein Sozialdemokrat zu dieser Delegation käme, so würde er an ihren Beschlüssen *nichts* ändern. Er könnte wohl seine Minderheitsauffassung *innerhalb* der Delegation vertreten, aber damit wäre seine ganze Tätigkeit erschöpft. Er hätte *nach dem gebundenen Mandat der bundesrätlichen Instruktionen* und nach dem *gebundenen Mandat der Völkerbundsdelegation zu stimmen und zu handeln*. Er wäre nichts anderes als ein Statist. Oder noch schlimmer, er wäre der *Diener und Knecht der bundesrätlichen Politik und der bürgerlichen Mehrheit der Völkerbundsdelegation*.

Man würde die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat in der Kommission sich befindet, in der Öffentlichkeit zum Anlaß nehmen, um allem Volke zu zeigen, wie loyal die Bürgerlichen seien, und um den Wählern zu beweisen, daß der Eintritt eines Sozialdemokraten in die Völkerbundsdelegation an der Völkerbundspolitik unseres Landes nichts ändert. Man würde aber noch weitergehen. Man würde versuchen, durch diese Verbindung der Sozialdemokratie mit der Völkerbundspolitik des Bundesrates verschiedene Fragen der Innenpolitik zu beeinflussen.

Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß das Militärbudget abgebaut und daß abgerüstet werden sollte. Die bürgerlichen Völkerbundsdelegierten mimen zwar in Genf die Verteidiger der Abrüstung und des Friedens, aber in Bern verteidigen sie die Aufrüstung. Sie stimmen für den 20-Millionenkredit für neue Flugzeuge, sie treten für neue Maschinengewehre, sie treten für ein erhöhtes Militärbudget ein. Die ganze Zwiespältigkeit der bürgerlichen Friedenspolitik wird an ihnen offenbar. Mit Worten sind sie für den Frieden. Wo es sich aber um Beschlüsse im eigenen Lande handelt, dienen sie dem Militarismus. Genau dasselbe Schauspiel haben wir bei der Friedenspropaganda. In Genf wird ein Beschluß gefaßt, der die geistige Vorbereitung für die Abrüstung verlangt. Die Herren aber, insbesondere Motta, sind dagegen, daß man den Bibliotheken kriegsgegnerische Literatur von Bundes wegen gratis verabfolgt. Sie wollen eben keine Beeinflussung des Volkes im Sinne der Aufklärung für den geistigen Widerstand, gegen Mili-

tarismus und Krieg. Den Krieg aber kann man nicht bekämpfen, ohne daß man abrüstet.

Wenn in Genf die Abrüstungsfragen zur Diskussion stehen, verhalten sich die schweizerischen Delegierten sehr zurückhaltend. Sie schieben die Londoner Erklärung und die schweizerische Neutralität in den Vordergrund und erklären, es sei unhöflich und anmaßend, wenn die Schweiz Vorschläge auf vollständige Abrüstung mache und in Genf eine laute Abrüstungspropaganda betreibe. Zu Hause aber rühmen sie, wie der Völkerbund dem Frieden diene, und erklären, man müsse *international gemeinsam abrüsten*. Dann könne die Schweiz auch abrüsten. In Genf aber schweigen sie und beantragen dies nicht.

Es ist klar, daß eine Partei, wie die Sozialdemokratische Partei, eine solche Politik *nicht* mitmachen wird. Aber sie kann sich auch nicht an einer Delegation beteiligen, wo der Delegierte über alle Differenzen schweigen muß, ohne sich nicht selber und den Sozialismus zu verraten. Es würde an Charakterlosigkeit grenzen, wenn man mit verbundenem Munde in Genf sitzen würde, nur um der Ehre teilhaftig zu werden, an der Völkerbundsdelegation teilnehmen zu können. Nur um Herrn Motta und den Bürgerlichen einen Gefallen zu tun! Das wäre *keine sozialdemokratische Politik*, sondern das wäre Verrat an der Abrüstung, am Frieden und an der Sozialdemokratie.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Wir bekämpfen die Zollpolitik des Bundesrates. In Genf debattiert man über die Abrüstung bei den Zöllen. Die Delegierten kehren nach Hause zurück und helfen einzelne Zollpositionen erhöhen. Daß die Sozialdemokratie eine solche Politik *nicht* mitmachen kann, ohne ihre eigene Existenzberechtigung zu leugnen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Oder man denke an die Haltung der Schweiz zu den Ratifikationen einzelner Abkommen, die der Völkerbund getroffen hat.

Also man wird gut daran tun, daß man sich bewußt bleibt, daß die schweizerische Sozialdemokratie sich an der Völkerbundsdelegation nur beteiligen kann, wenn sie ihren Vertreter *selbst* bestimmt und dieser Vertreter die Stimme des arbeitenden Volkes in Genf laut und deutlich hören lassen kann. Seine Ausführungen werden allerdings im Gegensatz stehen zu den Ausführungen der bürgerlichen Delegierten, welche die Politik des Bundesrates und die Politik der Bourgeoisie zu vertreten haben.

Daß die schweizerische Arbeiterschaft sich an den Verhandlungen der internationalen *Arbeitskonferenzen* in Genf beteiligt, kann nicht mit der Beteiligung an der Völkerbundsdelegation verglichen werden. Bei jenen Konferenzen hat der Bundesrat Vertreter der Arbeiter und Vertreter der Unter-

nehmer zu wählen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund macht Vorschläge für die Delegation der Arbeiter. Dabei hat allerdings der Bundesrat auch aus andern Kreisen der Bevölkerung schon sogenannte Arbeitervertreter gewählt. Selbstverständlich sind diese Arbeitervertreter nicht an Instruktionen des Bundesrates gebunden. Man ersieht daraus den fundamentalen Unterschied zwischen jenen Vertretungen und einer Vertretung in der Völkerbundsdelegation.

Wir sind uns gewohnt, daß die herrschende politische Klasse uns immer dann Geschenke geben will, wenn *sie* davon profitiert und *wir* durch diese Geschenke Schaden erleiden. Ein solches Geschenk offeriert der Bundesrat wiederum der schweizerischen Sozialdemokratie, indem er sie einlädt, nach *seinen* Bedingungen sich an der Völkerbundsdelegation zu beteiligen. Solche Geschenke lehnen wir ab.

Wir haben unser Recht zu fordern. Unser Recht kann aber nur eine vollständig unabhängige Vertretung sein. Die bürgerliche Mehrheit und der Bundesrat lehnen eine solche Vertretung ab. Sie wollen Knechte mit sozialdemokratischer Parteibezeichnung nach Genf schicken, damit diese Knechte bürgerliche und bundesrätliche Politik betreiben. Wir wollen nicht hoffen, daß es jemals einen Sozialdemokraten geben würde, der sich in dieser Knechterolle (von Eitelkeit verblendet) gefallen würde. Ein solcher Mann wäre zweifellos kein Sozialdemokrat mehr.

Die Sozialdemokratie hat eine andere Pflicht. Sie hat die Pflicht, alle Beschlüsse, die in Genf gefaßt werden und uns Möglichkeiten bieten, sie für die Abrüstung und den Fortschritt in unserer Innenpolitik zu verwenden, recht populär zu machen und im Parlamente diese Beschlüsse als Basis für innenpolitische Forderungen zu benützen. Sie hat weiterhin die Pflicht, im Parlamente Anträge einzubringen, welche die schweizerische Delegation zwingen sollen, in Genf initiativ für den Frieden, für die Abrüstung und für die Verständigung der Völker zu wirken. Diese Anträge werden zweifellos in unserem Parlamente abgelehnt. Damit zeigt die herrschende Klasse nur, wie wenig ernsthaft sie ihre Völkerbundspolitik betreibt und wie im Grunde genommen ihre Völkerbundspolitik ein doppeltes Gesicht hat, nämlich das Gesicht, welches die Delegierten in Genf zur Schau tragen, und das Gesicht, welches unsere schweizerische bürgerliche Politik in Bern zeigt. Die Gegensätze zwischen diesen beiden Haltungen aufzuzeigen, ist eine vornehme Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir dienen damit dem Frieden und dem Fortschritt und veranlassen neue Bevölkerungsschichten, sich der einzigen wirklichen Friedenspolitik, der Politik der Sozialdemokratie, zuzuwenden.